



Verein zur Förderung der  
Frauenpolitik in Deutschland e. V.  
Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemein-  
schaft der kommunalen Frauenbüros und  
Gleichstellungsstellen  
Frau Beate Ebeling  
Brunnenstraße 128  
13355 Berlin

**Andrea Nahles**

Bundesministerin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2323

FAX +49 30 18 527-2328

E-MAIL [ministerbuero@bmas.bund.de](mailto:ministerbuero@bmas.bund.de)

Berlin, *12.* März 2014

Sehr geehrte Frau Ebeling,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. Februar 2014, in dem Sie über Beschlüsse der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten informieren und diese mit dem Ziel verbinden, die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Beseitigung bestehender Nachteile insbesondere auch im Erwerbsleben konsequent voranzubringen.

Ich möchte Ihnen versichern, dass ich für dieses Anliegen seit vielen Jahren politisch kämpfe und es auch als Arbeits- und Sozialministerin mit aller Kraft unterstützen werde. Handlungsbedarf besteht weiterhin. Frauen sind in Führungspositionen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen liegt über alle Branchen und Berufe hinweg mehr als ein Fünftel unter dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern. Frauen arbeiten ungewollt häufig im Niedriglohnbereich oder in Teilzeit, nicht zuletzt, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können, wodurch auch ihre Absicherung im Alter geringer ausfallen kann.

In unserem Koalitionsvertrag haben wir eine gute Basis geschaffen, um gemeinsam Wichtiges umsetzen zu können.

Dazu gehören Regelungen zur Förderung von Frauen in Führungspositionen auf verschiedenen Hierarchieebenen, insbesondere eine feste Quote für die Aufsichtsräte

börsennotierter und vollmitbestimmungspflichtiger Unternehmen der Privatwirtschaft. Dazu gehört ein Entgeltgleichheitsgesetz, für das wir noch in diesem Jahr die Eckpunkte festlegen wollen. Dazu gehört mit gleicher Wichtigkeit die gesetzliche Verankerung von Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen.

Dazu gehört nicht zuletzt die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro für alle Beschäftigten in Ost wie in West, in allen Branchen ohne Ausnahme, der eine wirksame Barriere gegen Lohndumping schafft, von der Frauen überdurchschnittlich oft profitieren werden.

Starke Gleichstellungspolitik auf allen Handlungsfeldern soll ein Markenzeichen dieser Bundesregierung werden: Gemeinsam mit meiner Kollegin Manuela Schwesig und in enger Abstimmung zum Beispiel auch mit den Kolleginnen und Kollegen im Wirtschafts- und im Justizministerium werden wir hier an einem Strang ziehen.

Nach meiner Überzeugung gilt: Politik und Gesellschaft müssen ihre Anstrengungen fortsetzen und sogar noch intensivieren, wenn Wirklichkeit werden soll, was in unserem Grundgesetz längst verankert ist: die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen.

Ich möchte der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen und allen ihren Verbündeten deshalb nicht nur für ihr unverzichtbares Engagement herzlich danken, sondern zugleich ermuntern, ihre Anliegen auch künftig in die Öffentlichkeit zu tragen und ihr Know-how auf allen Ebenen in die politische Gestaltung einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'K. K.', written in a cursive style.